

# presse

---

## **Schönfärberei bei Koalition und Bauernverband stärkt Tierschutz und Landwirte nicht**

Anlässlich der heutigen Debatte im Bundestag zum SPD-Antrag „Bedingungen bei Tiertransporten und in Schlachtbetrieben verbessern“ erklärt der Tierschutzbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion Heinz Paula:

Mit ihren heutigen Aussagen verabschieden sich Schwarz-Gelb und der Bauernverband endgültig von der Realität. Das ewige Mantra, es ginge den Tieren und den Landwirten so gut wie nie, wird auch nicht wahrer, wenn man es tausend Mal wiederholt.

Unbestritten sind beim Gesundheits-, Futter- oder Hygienemanagement große Fortschritte zu verzeichnen. Gleichwohl haben wir in der landwirtschaftlichen Intensivtierhaltung Missstände und Probleme, die wir nicht leugnen können. Die Ställe und Stalleinrichtungen sind insbesondere im Geflügel- und Schweinebereich derart auf Wirtschaftlichkeit und Effizienz ausgerichtet worden, dass die arteigenen Bedürfnisse der Tiere immer weiter in den Hintergrund gerückt sind.

Heute werden die Tiere an die Haltungssysteme angepasst, ihre Schwänze werden regelmäßig kupiert, Schnäbel ausnahmslos gekürzt und sie werden trotz praxiserprobter Alternativmethoden betäubungslos kastriert (Manipulationen). Millionen Tiere werden auf viel zu engem Raum, meist ohne Einstreu und bisweilen sogar ohne Tageslicht gehalten, tagelang durch Europa gekarrt und bei der Schlachtung nicht ausreichend betäubt. Die bestehenden Strukturen der Lebensmittelwirtschaft begünstigen Tierleid und Lebensmittelskandale. Insbesondere bei Tiertransporten und in Schlachthöfen hängt das Tierleid auch von den verheerenden Arbeitsbedingungen und Dumpinglöhnen der Menschen ab.

Das kann man entweder leugnen oder etwas dagegen tun.

Die SPD will, dass die Haltungsbedingungen zukünftig stärker den art eigenen Bedürfnissen der Tiere angepasst werden. Wir werden uns für konkrete Verbesserungen der Haltungsbedingungen von landwirtschaftlichen Nutztieren einsetzen.

Die teilweise verheerenden Arbeitsbedingungen bei Tiertransporten und in Schlachthöfen müssen verbessert, unter anderen durch Mindestlohn, Verbot der Akkordarbeit, Verbot von Dumpinglöhnen und verbesserten Arbeitnehmerschutz.